

ÜBER DIE SCHWIERIGKEIT, DER 'EUROPÄISCHEN IDENTITÄT' EINEN ÜBERZEUGENDEN AUSDRUCK ZU GEBEN ODER:

EUROPA WOHNIN?

Wer von „europäischer Identität spricht, muß sagen, was er damit meint, denn beide Bestandteile dieses Begriffes sind vieldeutig und schillernd.

Die europäische Identität, mit deren Ausdruck wir uns schwer tun, ist die der Europäischen Union. Und wir verstehen unter Identität den Sinn, der dieses Gemeinwesen konstituiert, also die Quelle seines Zusammenhaltes.

Dabei setzen wir voraus, daß sowohl die Organisation der Europäischen Union wie auch ihre Manifestation, ihre Politiken und Errungenschaften, Ausdrucksformen ihrer Identität sind.

Als politische und demokratische Veranstaltung ist die Europäische Union darauf angewiesen, daß ihre Bürger und Völker ihren Sinn nicht nur verstehen, sondern ihn sich auch zu eigen machen, um sich schließlich mit ihr zu identifizieren. Ihre Lebensfähigkeit, ihre Entwicklungsfähigkeit, ihre Handlungsfähigkeit und ihre Leistungsfähigkeit hängen davon ab.

NATIONALE IDENTITÄTEN, EUROPÄISCHE IDENTITÄTEN

Die Identitäten der europäischen Nationen, insbesondere auch die der Deutschen (in der Mitte), sind in vielfältiger Weise mit der Identität Europas verbunden, so daß man vielleicht sogar sagen kann: die europäische Identität begründet die nationalen Identitäten - und umgekehrt. Dieser Umstand wird uns bewußt, wenn wir über die Bedingungen der historischen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung Europas und seiner Völker nachdenken.

Historische Bedingungen:

Seit dem frühen Mittelalter sind alle politischen Vorgänge in Europa aufeinander bezogen. Damals entsteht allmählich jenes komplexe Beziehungssystem zwischen Stämmen und Völkern, Dynastien und Ständen, Staaten und Reichen, das sich in dauerndem Wandel verfeinert und verdichtet. Es bilden sich Hegemonien und Gleichgewichtssysteme, die in immer wiederkehrenden Kriegen zerfallen, um neuen Bemühungen zur Herstellung von Imperien oder Friedensordnungen Platz zu machen.

Wie man von den Nationen als von Schicksalsgemeinschaften spricht, wird man auch von Europa in seiner Gesamtheit sagen können: die gemeinsame Geschichte während mehrerer Jahrhunderte hat eine zwar differenzierte, jedoch vielfältig miteinander verbundene und aufeinander angewiesene Schicksalsgemeinschaft entstehen lassen. Die Nachbarschaft und die Gemeinsamkeit des individuellen wie des kollektiven Erlebens hat zwischen den Völkern Europas eine besondere Beziehung hergestellt, die bewußt oder unbewußt erfahren wurde und identitätsstiftend wirkte. Auch wo das Miteinander zum Gegeneinander wurde, wo Nähe zur Abgrenzung geführt hat, wo die Koexistenz in Konkurrenz und schließlich in Krieg umgeschlagen ist, hat sich die Erfahrung der Gemeinsamkeit den Europäern tief eingepreßt. Selbst die Anlässe der Kriege in diesem wie in früheren Jahrhunderten entsprangen geistesgeschichtlichen Strömungen, die überall in Europa gleichzeitig am Werk waren.

Kulturelle Bedingungen:

Verstärkt wird die gemeinsame historische Erfahrung durch eine beachtliche kulturelle Einheit, für die paradoxerweise immer die Vielfalt konstitutiv war. Diese Vielfalt hat eine gemeinsame Wurzel, nämlich die beim Übergang von der Spätantike zum frühen Mittelalter entstandene Synthese aus (einerseits) der mediterranen römisch-griechischen Kultur, welche die gesamte Erfahrung der antiken Welt als ein 'konservatives' stabilisierendes Element einbrachte, und (andererseits) der kontinentalen germanisch-slawischen Kultur, die das dynamische, junge und zukunftsorientierte Element darstellte.

Als Katalysator dieser Synthese spielte das Christentum eine entscheidende Rolle. Der daraus entstehenden europäischen Welt hat es während des Mittelalters an dem Bewußtsein für die Einheit nie gefehlt. Auch in der Neuzeit, selbst in der Neuesten Zeit ist dieses Bewußtsein über die

schrecklichsten kriegerischen Auseinandersetzungen hinweg, die im Zeichen der nationalen Differenzierung und des nationalistischen oder ideologischen Antagonismus geführt wurden, nie verlorengegangen.

Gesellschaftliche Bedingungen:

Nicht zuletzt wegen seiner kulturellen Einheit, in der alle Differenzierungen als Aspekte oder individuelle Ausprägungen von Gemeinsamkeiten verstanden werden können, hat sich Europa auch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zu einem einzigen Raum entwickelt. Bei allen typischen Unterschieden in seinen vielgestaltigen Regionen ist in diesem Raum das soziale Leben auf der Grundlage einer gleichartigen Wirtschaftsentwicklung überall in vergleichbarer Weise gestaltet worden. Dabei spielte ein ausgeprägter Handelsverkehr, der zu einem erheblichen Austausch von Wirtschaftsgütern, Personal und Kenntnissen führte, eine bedeutende Rolle. Er konstituierte einen grenzenlosen Binnenmarkt, der trotz der Einschränkungen durch den im 19. Jahrhundert heraufziehenden Nationalismus bis zum 1. Weltkrieg funktionierte.

Die Gleichmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung in den Regionen Europas brachte auch eine Gleichzeitigkeit der sozialen Krisen und Konjunkturen mit sich und als Folge davon die Herausbildung von gesellschaftlichen Ständen oder sozialen Klassen mit übernationalen Identifikationsmöglichkeiten. Hierdurch wurde die in der geschichtlichen Entwicklung grundgelegte und von der gemeinsamen Kultur geförderte Integration ermöglicht. Ein radikaler Bruch in dieser sozialen Integrationsbewegung erfolgte erst durch die Teilung Europas nach dem 2. Weltkrieg in zwei grundsätzlich verschiedene Wirtschafts- und Sozialsysteme. Wir erleben zur Zeit die Überwindung der dadurch entstandenen Kluft.

Politische Bedingungen:

Die Geschichte nach dem 2. Weltkrieg hat gezeigt, daß die geistig-kulturellen Kräfte des alten Kontinents noch nicht erschöpft sind. Indem sich die Europäer kritisch auf ihre Geschichte zurückbesannen, sich aber gleichzeitig auch den Impulsen aus den neuen Welten Amerikas, Asiens und Afrikas öffneten, indem sie schließlich die Herausforderung durch den Kommunismus annahmen, entwickelten sie auch ein neues Selbstbewußtsein. Die europäische Identität, die darin zum Ausdruck kommt, ist gekennzeichnet durch einen ausgeprägten Gestaltungswillen, der sich nun, nachdem sich die Völker Mittel- und Osteuropas in einem Akt der Selbstbefreiung wieder mit den Völkern Westeuropas vereinen, vor neuen Herausforderungen sieht.

Die offenen demokratischen Gesellschaften sind weder den Drohungen noch den Lockungen der angeblich im Einklang mit der Geschichte marschierenden sozialistischen Revolution erlegen. Im Gegenteil: sie haben ihre Attraktivität erhalten und entfalten können; sie sind aus allen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Krisen gestärkt hervorgegangen; sie waren in der Lage, in der Nordatlantischen Allianz ihre Sicherheit gemeinsam zu organisieren; in der Europäischen Gemeinschaft hat schließlich eine bedeutende Gruppe demokratischer Staaten ein Modell der friedlichen Zusammenarbeit, des friedlichen Wandels und der Einheit geschaffen, das eine enorme Anziehungskraft in der ganzen Welt ausübt.

VON DER STAATLICHEN EINHEIT DER NATIONEN ZUR ÜBERNATIONALEN POLITISCHEN EINHEIT EUROPAS

Die Europäische Union ist ein junges, in der Entstehung begriffenes Gemeinwesen, das sich allerdings aus alten Gemeinwesen zusammensetzt; ihre Mitgliedstaaten verfügen durchweg über eine mehr oder weniger gefestigte Identität. Deshalb liegt es nahe, daß wir - auf der Suche nach einem geeigneten, das Verständnis der Bürger ansprechenden Ausdruck der europäischen Identität - danach fragen, wodurch sich die Identität der Mitgliedstaaten ausgedrückt hat, als diese (im 19. Jahrhundert oder früher) noch junge Gemeinwesen waren.

Die Einheit der Nationalstaaten gründete sich in der Phase ihrer Entstehung vor allem auf:

- gemeinsame Sprache und Kultur, beziehungsweise gemeinsame kulturelle und sprachliche Grundlagen;
- gemeinsam erlebte Geschichte, die auch die Erfahrung der gegenseitigen Feindschaft zwischen einzelnen Teilen des Volkes, das sich jetzt als Nation zusammenfand, umfassen konnte;

- gemeinsamen Wirtschaftsraum, da sich die Märkte aus der Nachbarschaft über die Region hinaus entwickelten;
- gemeinsam empfundenes Sicherheitsbedürfnis angesichts einer Bedrohung.

Entsprechende Begründungen lassen sich auch für die europäische Integration und für die Entstehung einer übernationalen Europäischen Union ausmachen:

- die kulturellen Gemeinsamkeiten, die allerdings in vielfältigen Prägungen zum Ausdruck kommen;
- die historischen Erfahrungen, welche die Völker und Staaten Europas miteinander und gegeneinander in Kriegen und in friedlichem Austausch erworben haben;
- die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und gemeinsamen praktischen Interessen in Märkten, die sich über den nationalen und kontinentalen Rahmen ausweiten;
- die Abgrenzung gegenüber einer feindlichen, Freiheit und Integrität bedrohenden Macht (bis 1989: die Sowjetunion mit ihrer aggressiven Ideologie und ihrem totalitären Regime).

Wie auch in bezug auf die Bildung des Nationalstaates die angeführten Elemente nicht alle in gleichem Maße auf alle Beteiligten eingewirkt haben, so bewegen oder formen auch in bezug auf die Europäische Union nicht alle die vorstehenden Gründe in gleicher Weise das Bewußtsein der Bevölkerung.

Jedoch wird man sagen können, daß diese Gemeinsamkeiten heute wie damals die Entscheidungen der politischen, gesellschaftlichen und intellektuellen Eliten determinieren. Und heute wie damals sehen wir auch in denselben Eliten beachtliche Minderheiten und manchmal auch Mehrheiten am Werk, die - gegen die auf Erneuerung dringende Tendenz - am Althergebrachten festhalten wollen, die jede Identifizierung mit neuen Zusammenhängen ablehnen.

Bei der Bestimmung einer neuen, europäischen Identität (einschließlich der Schwierigkeit, diese in angemessener Weise zum Ausdruck zu bringen), oder bei der Frage nach einem das nationale Bewußtsein transzendierende europäischen Bewußtsein handelt es sich ganz offenkundig um Phänomene des Übergangs, die sozialpsychologisch zu erklären sind. Man wird ihnen nicht gerecht, wenn man sie als Probleme versteht, die für die europäische Einigung spezifisch sind. Denn es ist evident, daß den Veränderungen politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse der Wandel des Bewußtseins nicht immer unmittelbar folgt. Erst wenn die neuen Bedingungen als Wirklichkeiten wahrgenommen werden, stellt sich unser Denken und unser Planen darauf ein. Der Zeitverzug zwischen der Erscheinung des Neuen und seiner Wahrnehmung beruht darauf, daß das Alte parallel zum Neuen noch eine Weile oder gar auf Dauer weiterexistiert. Dadurch bleibt die Wahrnehmung auf das gewohnte Alte gerichtet und bemerkt das Neue nicht. Die Debatte über die Möglichkeit/Unmöglichkeit von übernationaler beziehungsweise transnationaler Staatlichkeit oder Demokratie liefert dafür schöne Beispiele.

Mit der Identitäts-Unsicherheit des jungen, neuen und in seiner Verfassung noch nicht gefestigten Gemeinwesens 'Europäische Union' hängen auch gewisse Legitimitätsprobleme zusammen, die insbesondere ihren Institutionen bei der Selbstdarstellung und der Selbstbehauptung zu schaffen machen. Wenn man aber diese Probleme mit entsprechenden Problemen der Mitgliedstaaten und ihrer Verfassungsordnung vergleicht, ergibt sich, daß es sich auch hier um allgemeine Erscheinungen handelt, mit denen sich alle Gemeinwesen - auf welcher Ebene sie auch immer angesiedelt sind - auseinandersetzen müssen. Dabei hängen die Probleme auf den verschiedenen Ebenen wohl miteinander zusammen:

- je geringer das nationale Selbstbewußtsein, desto unproblematischer das europäische Bewußtsein?
- je schwächer das Vertrauen in das System des Nationalstaates, desto stärker die Hoffnung auf die europäischen Institutionen?

DER FEHLENDE KONSENS ÜBER DIE VERFASSUNG UND DIE GRENZEN DER UNION

Bei der Schwierigkeit, der europäischen Identität einen überzeugenden Ausdruck zu geben, handelt es sich um ein praktisches Problem, das die Politik vor konkrete Aufgaben stellt. Es äußert sich in den Akzeptanz-Defiziten, denen sich die Verantwortlichen immer wieder gegenübersehen, wenn sie bestimmte Neuerungen einführen wollen, deren Vorteile nicht immer sofort einsichtig sind, da sich der Ertrag oft erst mit einem größeren zeitlichen Verzug einstellt, während kurz- und mittelfristig

tatsächlich oder scheinbar Nachteile in Kauf genommen werden müssen. Deshalb ist es für die Akzeptanz eines jeden politischen Projektes wichtig und eigentlich unerlässlich, daß sein Sinn erkennbar ist, seine Elemente durchsichtig und seine Wirkungen bekannt sind. Auch für den Erfolg des europäischen Projekts ist es entscheidend, daß es verstanden wird.

Woraus aber besteht das „europäische Projekt“? Doch wohl aus einer nach föderalen Prinzipien organisierten Union, die ausgestattet ist mit einem demokratischen politischen System, das durch seine Institutionen und Gesetze die Sicherheit nach innen und nach außen gewährleistet, und das die großen Aufgaben, die von den Mitgliedsstaaten alleine nicht bewältigt werden können, auf eine Weise anpackt, die von den Bürgern als ihren Interessen entsprechend akzeptiert wird.

Aber indem wir das Projekt so definieren, stellen wir fest, daß dieses Projekt eben nicht das Projekt aller Beteiligten ist; es gibt Regierungen, Parteien und Parlamentsfraktionen, wichtige gesellschaftliche und kulturelle Kräfte, die andere Vorstellungen haben. Ihr Projekt besteht nämlich aus der Zusammenarbeit einer Gruppe von Staaten, die Institutionen und Verfahren miteinander verabreden, um von Fall zu Fall gemeinsam bestimmte Aufgaben zu erledigen, ohne sich jedoch der Disziplin eines demokratischen und föderalen Systems zu unterwerfen.

Mit anderen Worten: es gibt keinen Konsens über die „finalité politique“ der europäischen Integration, und das macht es vor allem schwierig, die Identität der Europäischen Union festzustellen und zum Ausdruck zu bringen. Denn die Europäische Union bleibt eine unvollendete Konkretisierung eines letztlich nicht definierten Projekts; sie ist also mehr Prozeß als Projekt; sie präfiguriert ein Produkt, dessen Gestaltung offenbleibt.

Offen bleibt auch die Geographie der Union. Wo zieht sie ihre Grenzen? Auch hierüber gibt es keinen Konsens. Die dilatorische Behandlung des Türkischen Begehrens, in die Union aufgenommen zu werden, weist ebenso darauf hin wie die Verständigungsschwierigkeiten bei der Entwicklung einer Strategie der Erweiterung nach Mitteleuropa.

Und Folgendes kommt hinzu: wir hatten uns daran gewöhnt, in bestimmten Herausforderungen die wichtigsten Motive für die Einigung Europas zu erkennen: es ging um die Stiftung eines dauerhaften Friedens zwischen den beteiligten Nationen, um den Wiederaufbau des zerstörten Kontinents, um die Wiedergewinnung einer mitbestimmten Rolle in der Welt, um die Verteidigung der Freiheit gegen den totalitären Kommunismus, um die Sicherung einer demokratischen Entwicklung und um die Ausbreitung und Maximierung des Wohlstands.

Im Zuge des Erfolges der europäischen Integrationspolitik sind diese Motive nach und nach in den Hintergrund getreten. Und seit dem Zeitenbruch von 1989 ist es evident, daß wir einen neuen Begründungsrahmen für die Europäische Union brauchen. Das bedeutet nicht, daß alle ursprünglichen Gründe und Motive der europäischen Einigungspolitik obsolet geworden sind. Sie bewahren, wenn auch in einem anderen Zusammenhang als früher, ein gewisses Maß an Realitätsgehalt, der jedoch bei weitem nicht mehr das Gewicht und die Dimension hat wie in den fünfziger Jahren und bis hinein in die achtziger Jahre, denn

- der Friede zwischen den Nationen Europas, die sich an der Integration beteiligten und Glieder der Union wurden, ist durch die Verfahren und Institutionen garantiert, mit denen ihre Staaten heute miteinander verbunden sind;
- der Wiederaufbau Europas aus den Trümmern des zweiten Weltkriegs ist seit langem abgeschlossen;
- das sowjet-kommunistische Regime ist zusammengebrochen;
- die Demokratie hat sich in allen Ländern Europas durchgesetzt und kann als gesichert gelten;
- die Mehrung und Verbreitung des Wohlstands war in einer beispiellosen Weise erfolgreich;
- und auch in der Welt kann sich Europa wieder als Akteur sehen lassen und wird als Partner gesucht.

Die Frage, was es denn notwendig mache, daß die Integration weiter vorangetrieben werde, da doch die wichtigsten Ziele erreicht sind, ist also berechtigt; sie fordert dazu heraus, neue Ziele und neue Motive zu benennen, um auf diese Weise auch die Identität der Europäischen Union in angemessener und einsichtiger Weise zum Ausdruck zu bringen.

DIE NEUEN AUFGABEN

Die neuen Herausforderungen, denen die Europäer heute und morgen gegenüberstehen, ergeben sich aus verschiedenen Entwicklungen:

- aus dem Einigungsprozeß selbst, der eine Dynamik erzeugt hat, durch welche die Verantwortlichkeit der Europäischen Union erheblich zugenommen hat, und durch die bestimmte Reformen ihres politischen Systems unabdingbar werden, weil sie sonst die ihr übertragenen Aufgaben nicht erledigen kann;
- - aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des damit einhergehenden Endes der bipolaren, auf zwei antagonistische Supermächte gegründeten Weltordnung;
- - aus den technologischen und industriellen Entwicklungen, durch die weltweit neue Formen der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsweisen entstehen.

Diese Veränderungen, die wir während der letzten Jahre erlebt haben, sind durch die Jahrzehnte der Nachkriegszeit in vielen einzelnen Akten eingeleitet und angekündigt worden; sie werden uns aber erst jetzt allmählich in ihrer vollen Bedeutung bewußt. Es entstehen neue Bedingungen, die wir auf den Begriff zu bringen versuchen, indem wir zum Beispiel von einer zunehmenden „Globalisierung der Wirtschaft“ und von der „Informationsgesellschaft“ sprechen.

In der Auseinandersetzung mit der neuen Lage geht es für Europa vor allem um folgende Aufgaben:

- die Erneuerung der europäischen Gesellschaft,
- - die Entwicklung einer demokratischen und leistungsfähigen Verfassungsordnung,
- - die Erweiterung der Europäischen Union um die Länder Mittelosteuropas,
- - die Schaffung einer neuen, den technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen angemessenen Weltordnung.

Die europäischen Nationalstaaten können, jeder auf sich gestellt und jeder nach eigenem Ermessen und Planen, diese Aufgaben nicht lösen. Denn die damit verbundenen Herausforderungen richten sich an die gesamte Union. Sie können deshalb auch nur gemeistert werden durch die Synergie der Beiträge, die von den einzelnen Staaten zur Aktionseinheit der europäischen Staaten-Union geliefert werden können, und durch den Mehrwert einer gemeinschaftlichen Anstrengung.

Die Erneuerung der europäischen Gesellschaft

Es gibt in Europa gewiß mehr konkurrierende Modelle für eine möglichst gute und gerechte Ordnung der Gesellschaft; sie beziehen sich auf unterschiedliche nationale Vorstellungen und Traditionen der sozialen Organisation und des gesellschaftlichen Lebens; auch regionale Prägungen sind auszumachen, die z.B. in den Unterschieden zwischen den nordeuropäischen (mehr germanisch-protestantischen) und den südeuropäischen (mehr romanisch-katholischen) Gesellschaften zum Ausdruck kommen; und schließlich sind auch die Differenzierungen durch die ideologisch-politischen Einwirkungen auf die Gestaltung der Gesellschaften in den einzelnen europäischen Ländern nicht zu übersehen: konservative und liberale, sozialistische und christlich-soziale Konzepte haben hier und dort deutliche, voneinander unterscheidbare Spuren hinterlassen.

Und dennoch können wir heute feststellen, daß sich im Laufe der Jahrzehnte, gestützt auf die gemeinsamen kulturellen Grundlagen, ein breiter Konsens über ein Modell herausgebildet hat, das den Bedürfnissen der Europäer und den Bedingungen ihrer Existenz besser entspricht als andere Modelle. Die Unterschiede dieses europäischen Modells zu dem der amerikanischen Gesellschaft sind markant; ganz zu schweigen von den Modellen, die den Entwicklungen der Gesellschaften in bestimmten, ebenfalls von der Marktwirtschaft und industriellen Produktionsweisen gekennzeichneten Ländern Ost- und Südostasiens zugrunde liegen.

Welches sind die Hauptmerkmale dieses europäischen Gesellschaftsmodells? Sein Kern ist das, was in Deutschland die „Soziale Marktwirtschaft“ genannt wird, also eine Marktwirtschaft, die das freie Spiel der Kräfte im Markt zur Geltung kommen läßt, es aber einbindet in ein Regelwerk, das Mißbräuche verhindert und auf die Versorgung mit den sozialen Grundbedürfnissen sowie auf ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit abstellt. Die dadurch erreichte Stabilität steht auch im Dienste der Freiheit des Marktes; die dadurch gewonnene Leistungsfähigkeit ermöglicht es, die Mittel für die soziale Versorgung und Sicherheit zur Verfügung zu stellen.

Dieses Modell wird infrage gestellt und ist in Gefahr geraten. Einerseits hat nämlich im Laufe der Jahre eine Inflation von Leistungsversprechen dazu geführt, daß das Gleichgewicht zwischen individueller Verantwortung für das Ganze und gesellschaftlicher Verantwortung für den Einzelnen verloren ging. Andererseits hat der mit der Globalisierung von Wirtschaft und Kommunikation einhergehende Konkurrenzdruck zur Folge, daß zur Erhaltung der Arbeitsplätze im „Standort Europa“ erhebliche Abstriche an den Leistungen der Sicherheitssysteme und einschneidende Reformen ihrer Wirkungsweisen vorgenommen werden müssen. Schließlich ist mit dieser doppelten Gefahr, dem das europäische Modell ausgesetzt ist, eine vehemente Attacke auf die ihm zugrunde liegende Philosophie verbunden; sie ist teils ideologisch motiviert, teils interessenbedingt und zielt auf die Beseitigung der sozialen Dimension.

Die Europäische Union würde einen wesentlichen Teil ihrer Identität preisgeben, wenn sie diesem Angriff nicht standhalten würde. Das dem Maastrichter Vertrag vom Dezember 1991 beigefügte Abkommen über die Sozialpolitik zwischen den Mitgliedstaaten war eine erste, wichtige Maßnahme. Das Weißbuch der Kommission über „Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit“ vom Herbst 1994 enthält ein Programm für die Verteidigung und Neugestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung der Union. Und in den Amsterdamer Vertrag vom Juni 1997 wurde ein eigenes Kapitel über Beschäftigung und soziale Fragen eingefügt.

Auch der Entwurf einer Wirtschafts- und Währungsunion dient diesem Programm: insbesondere seine Realisierung in Etappen, mit dem Ziel der finanziellen Gesundung als Voraussetzung sowohl für die Schaffung neuer Arbeitsplätze wie für die Einführung einer einheitlichen Währung und für die Sicherung des Binnenmarktes im großen grenzenlosen europäischen Wirtschaftsraum.

Das Sanierungs- und Reformprogramm, das der Politik der Europäischen Union zugrunde liegt, lebt im übrigen von der Zuversicht, daß sich die Völker des alten Kontinents, die aus den Prüfungen wiederholter Bruderkriege und der Demütigung durch totalitäre Unterdrückungen hervorgegangen sind, ihre Kraft der Innovation und der Kreativität ebensowenig wie ihre historisch-kulturellen Erfahrungen verloren haben und deshalb alle Voraussetzungen besitzen, um auch im globalen Kontext wettbewerbsfähig bleiben zu können.

Eine leistungsfähige Verfassungsordnung

Die Identität eines politischen Gemeinwesens findet ihren vornehmsten Ausdruck in seiner inneren Ordnung, das heißt: in seiner Verfassung. Gerade in dieser Hinsicht aber ist die Europäische Union notleidend. Deshalb stand am Anfang der Agenda für die kommenden Jahre die Revision der Verträge, in denen die Institutionen, die Verfahren und die Regeln der Union verankert sind. Nach allgemeiner Auffassung sollte die mit der (Vertrags- oder Verfassungs-) Reform beauftragte Regierungskonferenz dazu führen, daß die Europäische Union durch ein besseres und transparentes Funktionieren mehr Bürgernähe gewinnt; sie sollte in ihrer Selbstdarstellung mehr Profil bekommen, ihr Handeln sollte verständlich werden.

Die Erwartungen, die angesichts der großen, von ihrem Ergebnis anhängigen Vorhaben an die Regierungskonferenz gestellt wurden, konnten nicht erfüllt werden; von der Verwirklichung einer föderalen und demokratisch legitimierten Konstruktion sind wir, auch nach der Konferenz von Amsterdam, noch meilenweit entfernt.

Nur eine föderale Ordnung kann das zum Ausdruck bringen, was der Europäischen Union wesensgemäß ist: nämlich die Einheit in der Vielfalt. Gleichzeitig wäre damit - als Voraussetzung für die Bestimmung der Identität - die offene Frage nach der 'finalité politique' beantwortet. Nur eine demokratische Ordnung bietet auch - angesichts der komplexen Bedingungen des Integrationsprozesses in der Union - die Möglichkeit, einerseits die drängenden praktisch-politischen Probleme mit Aussicht auf Erfolg anzupacken und andererseits dem einen Sinn zu geben, was wir die Unionsbürgerschaft nennen.

Die Erweiterung der Europäischen Union

Die historische Wende von 1989 stellte die Europäische Union vor eine neue große Aufgabe, mit deren Bewältigung sie weit ins zweite Jahrtausend hinein befaßt sein wird. Nach anfänglicher Zurückhaltung, die auf einer verbreiteten Unsicherheit angesichts der neuen Ungewissheiten sowie auf Mißverständnissen und einem sich daraus nährenden Mißtrauen zwischen den Partnern beruhte, besteht inzwischen ein umfassender Konsens darüber, daß alles unternommen werden muß, um die

Staaten und Völker Mitteleuropas so schnell wie möglich als Mitglieder in die Union aufzunehmen. Aus vielen Gründen muß das sein: aus historischen, moralischen und sozialen Gründen; nicht zuletzt aber auch deswegen, weil nur auf diese Weise garantiert werden kann, daß sich die Dinge in dieser Region wirtschaftlich und politisch dauerhaft stabilisieren und friedlich entwickeln.

Die Union behandelt die Staaten Mitteleuropas heute bereits als zukünftige Mitglieder, und es werden mehr und mehr systematische Anstrengungen unternommen, um das zu realisieren, was während der vorangegangenen Jahrzehnte ein Traum gewesen war: nämlich das gesamte Europa in Frieden und Freiheit zu vereinen. Tatsächlich ist die Schaffung der Voraussetzungen für die Erweiterung der Union in vollem Gange: in den einzelnen Beitrittsländern wie in der Union selbst. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Regierungen ist eine Strategie der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft entwickelt worden. Wichtige Etappen auf diesem Weg der Normalisierung und Annäherung sind die Assoziierungs-Abkommen mit den mittelosteuropäischen Staaten, die durch diese Vereinbarungen politisch eng an die Union herangerückt sind; aus den wirtschaftlich-kommerziellen Bestimmungen und den damit verbundenen Beistandsangeboten können sie den materiellen und praktischen Nutzen ziehen, der ihnen dabei hilft, sich auf die Mitgliedschaft vorzubereiten und beitrittsfähig zu werden.

Wenn aber die zukünftigen Mitglieder der Union beitrittsfähig werden müssen, so muß die Union selbst erweiterungsfähig sein. Sie muß also, wenn sie offenbleiben will für alle europäischen Völker, die ein historisches und kulturelles Recht anmelden können, ihr anzugehören, auch die Probleme lösen, die mit einer großen Erweiterung von 15 auf voraussichtlich 27 bis vielleicht 30 Mitgliedstaaten verbunden sind: die politisch-institutionellen Probleme, die wirtschaftlich-sozialen Probleme und auch die finanziellen Probleme, deren Bewältigung einen erheblichen, zusätzlichen Aufwand an Solidarität seitens der Union und ihrer heutigen Mitglieder erforderlich machen wird.

Der Zugewinn an Identitätsbewußtsein wäre beachtlich, wenn es gelingen würde, diesen doppelten Prozeß der politischen Vertiefung und der geographischen Erweiterung erfolgreich zu gestalten. Auch deswegen, weil mit der Namensgebung „Europäische Gemeinschaft/Union“ immer auch schon der Anspruch mitschwang, das gesamte Europa zusammenzufassen und zu repräsentieren. In dem Maße wie die Union sich der Realisierung des Ideals nähert, werden die bestehenden Glaubwürdigkeitslücken überwunden.

Eine neue Weltordnung

Auch im Hinblick auf den Raum um das Mittelmeer ist eine auf Dauer angelegte wirtschaftliche und soziale Stabilität lebenswichtig für die Europäische Union. Deshalb ist sie daran interessiert, aber ebenso dazu verpflichtet, zur Schaffung der Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung in dieser Region beizutragen. Die Mittelmeer-Konferenz vom November 1995 war der Auftakt für ein neues partnerschaftliches Beziehungsgeflecht, das - jenseits der aktuellen Notwendigkeiten - anknüpft an die lange gemeinsame Geschichte und die jahrhundertelangen kulturellen und religiösen Auseinandersetzungen, durch die Europa und der Mittelmeerraum eng verbunden sind.

Die Verantwortungsbereitschaft der Europäischen Union, die sie in bezug auf den Mittelmeerraum und auf Mittelosteuropa (sowie darüber hinaus in bezug auf Rußland bzw. die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) zeigt, wird auch von einer erheblichen Entwicklungshilfe und Entwicklungskooperation in der Dritten Welt belegt; sie verweist auf eine wachsende Rolle der Union als internationaler Ordnungsfaktor. Sie wird dazu befähigt

- durch den Erfolg bei der Herstellung der eigenen Ordnung, einer nach Geschichte und Struktur internationalen Ordnung, die mit den Mitteln der Demokratie und des Föderalismus dauerhaft befriedet werden soll;
- aber auch durch die Kraft, die ihr aus der Aktionseinheit ihrer Mitglieder erwächst.

Mehr Einigkeit, und vor allem eine Einigkeit, die sich auf demokratische Beschlußfähigkeit stützen kann, wird der Union in dieser Rolle mehr Gewicht und Glaubwürdigkeit geben; um diese Einigkeit zu erreichen, bedarf es weiterer Erfolge bei der Verfestigung ihrer inneren Ordnung und bei der Verstärkung ihrer Handlungsfähigkeit nach außen.

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft vor nahezu fünfzig Jahren war auch ein Beitrag zur Schaffung einer gerechteren und friedlichen Weltordnung. Ihre Ausstattung mit demokratischen Institutionen und mit Instrumenten zur gemeinschaftlichen Definition und Durchführung von Politiken in immer mehr Bereichen, insbesondere aber ihre Entwicklung zur Europäischen Union mit

gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik und einheitlicher Währung, gewinnt ihren vollen Sinn erst dann, wenn sie verstanden wird als Bauelement einer „Welt-Föderation“, will heißen: eines Prozesses, der über die Zusammenfassung der großen kontinentalen Staaten-Gruppen und über eine grundlegende Reform der Vereinten Nationen zu einer Föderalisierung der Weltordnung führt.

Das soll nicht heißen, daß die Integration der europäischen Staaten und Gesellschaften nicht auch in sich ein Ziel von hohem Rang wäre und bliebe; denn sie hat in der Vergangenheit zur Befriedigung und Neugestaltung Europas geführt, den wirtschaftlichen Wohlstand gemehrt und den sozialen Fortschritt garantiert; und in Zukunft wird sie durch die Erweiterung nach Mittelosteuropa entsprechende Wirkungen auch in den Teilen Europas entfalten, die an dieser Entwicklung bislang nicht partizipieren konnten; gleichzeitig bleibt sie die Grundlage für die Bewältigung all der großen, grenzüberschreitenden Aufgaben, die sich in Europa selbst stellen.

Aber im Kontext des Weltgeschehens weist die Einigung Europas über sich selbst hinaus. Denn die durch den Prozeß der Gemeinschaftsbildung hier entstandene Stabilität, das dabei entwickelte Instrumentarium der Friedensstiftung; der hier verfügbare Reichtum - all das verpflichtet die Europäer, Verantwortung in der Welt und für die Welt zu übernehmen. Nicht nur auf dem Wege der Entwicklungshilfe und der aktiven Sorge z.B. um die Respektierung der Menschenrechte oder zugunsten des Schutzes der Umwelt. Es geht darüber hinaus auch um die Gestaltung eines institutionellen und rechtlichen Rahmens für das Weltgeschehen, das weltweite Wirtschaften, den weltweiten Verkehr, die weltweite Kommunikation, die Ökologie der Welt, die Weltpolitik in ihren verschiedenen Sparten.

Die Europäische Union ist in einer privilegierten Lage, hierfür auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen Vorschläge unterbreiten und durchsetzen zu können, falls es ihr in den kommenden Jahren gelingen sollte, ihre Identität dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie ihr Gesellschaftsmodell durch Erneuerung erfolgreich verteidigt, ihr politisches System effizient gestaltet und gleichzeitig ihre geographische Erweiterung bewältigt.

Thomas Jansen

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 46/47 1997,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>